



Bergische Industrie- und Handelskammer
Wuppertal-Solingen-Remscheid

Geschäftsbereich

Standortpolitik, Verkehr,
Öffentlichkeitsarbeit

Bergische IHK | Postfach 42 01 01 | 42401 Wuppertal

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Ihr/Ihre Ansprechpartner/in

Thomas Wängler
T. 0202 2490-110
F. 0202 2490-699
t.waengler@bergische.ihk.de

An die Mitglieder des Ausschusses für
Stadtentwicklung und Bauen
Vorsitzende der Ratsfraktionen

19. Juni 2023
Wä/Kir

Umgestaltung Döppersberg Platz Ost

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Verwunderung haben wir davon erfahren, dass die Stadtverwaltung einen gültigen Ratsbeschluss vom 22.6.2020, wonach am Döppersberg Platz Ost eine Taxinachrückfläche, die eine Grünanlage mit Bäumen und Sitzplätzen, Elektroladesäulen sowie Beleuchtung beinhalten sollte, nicht mehr umsetzen möchte. Stattdessen schlägt die Verwaltung mit der Beschlussvorlage VO/0522/23 vor, dass eine vollständige Begrünung der Fläche beschlossen werden soll. Wir bitten Sie darum, diesem Vorschlag nicht zu folgen, sondern sich stattdessen dafür einzusetzen, dass die ursprüngliche Planung endlich umgesetzt wird.

Die Begründung der Verwaltung für diese Änderung ist aus unserer Sicht nicht stichhaltig:

- Die durchgeführte Aufzeichnung der Taxihalteplätze wurde lediglich an 14 Tagen im November und damit in der Vorweihnachtszeit durchgeführt. Das ist einer der Zeiträume, in dem die Taxis viele Kunden haben und deshalb weniger Wartezeiten entstehen. Um den verkehrlichen Bedarf sachgerecht zu ermitteln, sollte die Belegung der Taxihalteplätze auch in den Sommermonaten detektiert werden.
- Der damalige Ratsbeschluss hatte ausdrücklich auch die kriminalpräventive Wirkung der dauerhaften Anwesenheit der Taxifahrer an dieser sensiblen und teilweise schwer einsehbaren Stelle in unmittelbarer Bahnhofsnähe im Blick. Eine reine Grünfläche mit Bäumen ist das genaue Gegenteil: Sie schafft weitere schwer einsehbare Bereiche und

mögliche Verstecke, insbesondere für die Drogenszene. Damit wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was das in der VO zitierte Konzept der Kriminalprävention vorsieht.

- Der Wegfall der geplanten E-Ladesäulen würde die laufenden Bemühungen der IHK und der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft konterkarieren, wonach im Rahmen eines bereits entwickelten Konzepts „E-Taxis im Bergischen Städtedreieck“ eine schrittweise Dekarbonisierung des Taxigewerbes erreicht werden soll. Dieses Konzept, das bereits mit den WSW, Smart City Wuppertal, den drei Taxizentralen im Städtedreieck und vielen weiteren Partnern abgestimmt worden ist, beinhaltet unter anderem, an strategisch ausgewählten Taxihalteplätzen E-Ladesäulen einzurichten. Denn nur wenn die Taxiunternehmen die Sicherheit haben, dass sie da, wo sie auf Kunden warten, auch nachladen können, werden sie den Umstieg auf Elektrofahrzeuge wagen. Für den Bereich Elberfeld sollten gerade die geplanten Ladesäulen am Platz Ost eine Schlüsselrolle spielen.
- Die von der Verwaltung vorgeschlagene App um „sporadisch auftretende Überstauungen“ zu vermeiden, müsste erst noch für einen fünfstelligen Betrag erstellt werden. Ob sie dann wie geplant für die Taxis nutzbar ist, kann derzeit niemand sagen, weil dafür laut Taxizentrale eine Integration in die von den Taxis benutzte Software nötig ist, oder zumindest die Erstellung einer funktionierenden Schnittstelle. Die Taxizentrale hat in Ihrem Schreiben vom 30.5. auch sachlich und klar darlegt, dass selbst bei Einsetzbarkeit der App der verkehrliche Nutzen sehr überschaubar wäre.
- Die Tatsache, dass die betroffene Taxizentrale über diese neuen Planungen erst in einer Videokonferenz am 25. Mai und - damit lediglich eine Woche vor dem geplanten Beschluss im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen – informiert wurde, können wir in keiner Weise nachvollziehen. Wir haben den Eindruck, dass die Taxi-Unternehmerinnen und -unternehmer weniger mit einbezogen als vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten. Warum wurde das Gewerbe nicht frühzeitig in die Überlegungen eingebunden? Es handelt es sich hierbei immerhin auch um einen Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs!

Seite 3

Es ist gut, dass der Ausschuss dem Vorschlag der Verwaltung bisher nicht gefolgt ist und den Beschluss zur VO/0522/23 zumindest vertagt hat. Wir möchten Sie noch einmal dringend bitten, den Vorschlag der Verwaltung endgültig abzulehnen und die Verwaltung stattdessen zu beauftragen, den Ratsbeschluss vom 22. Juni 2020 endlich umzusetzen.

Für Fragen und weitere Erläuterungen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Wängler
Geschäftsführer Standortpolitik, Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit